



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Klaus Adelt, Günther Knoblauch, Martina Fehlner** und **Fraktion (SPD)**

Aufenthaltstitel für Geduldete für die Dauer einer Berufsausbildung im Bundesrat unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im weiteren Gesetzgebungsprozess zum Entwurf des Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung die Empfehlung des Bundesrats zu unterstützen, dass für junge Flüchtlinge ein eigenständiger Aufenthaltstitel „Aufenthaltsgewährung für die Dauer einer Berufsausbildung“ geschaffen wird.

Begründung:

Der Bundesrat hat sich in seiner Sitzung vom 6. Februar 2015 in einer Stellungnahme an die Bundesregierung für die Neuschaffung eines Aufenthaltstitels für junge Flüchtlinge zur „Aufenthaltsgewährung für die Dauer einer Berufsausbildung“ ausgesprochen.

Für Jugendliche und junge Erwachsene, die sich geduldet in Deutschland aufhalten, stellt die in der Regel kurze Laufzeit einer Duldung einen erheblichen Hinderungsgrund dar, eine Berufsausbildung zu beginnen. Ausbildungsbetriebe und Arbeitgeber schrecken unter diesen Voraussetzungen davor zurück, junge Flüchtlinge in Ausbildung zu nehmen, obwohl sie das Potenzial dieser hoch motivierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen erkannt haben und in ihrer Ausbildung eine Chance sehen, dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Sowohl die Jugendlichen und jungen Erwachsenen als auch die Betriebe würden in hohem Maße von der Zusicherung profitieren, dass eine begonnene Berufsausbildung auch abgeschlossen werden kann.

Ministerpräsident Horst Seehofer hat mehrfach Vertretern aus Industrie und Handwerk gegenüber die Schaffung eines gesicherten Aufenthaltsstatus für die Dauer der Berufsausbildung angekündigt.

Die Staatsregierung ist somit aufgefordert, sich im weiteren Gesetzgebungsverfahren dafür einzusetzen, dass ein Aufenthaltstitel zur „Aufenthaltsgewährung für die Dauer einer Berufsausbildung“, wie von den Ländern vorgesehen, geschaffen wird.